

VERGABEUNTERLAGEN

MN2412/24

Qualifizierungssystem für Hochspannungskabel und -systeme

Qualifizierungssystem (EU) (Sektorenverordnung)

Qualifizierungssystem (Korrektur 4)

AUFTRAGGEBER

Mainova AG

Solmsstraße 38, 60486 Frankfurt am Main, Deutschland

12.09.2024

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
.....	4
Qualifizierungssystem HS Kabel	4
I Kaufmännischer Fragenkatalog	11
II Eigenerklärung.pdf	17
III Nachunternehmererklärung	18
IV Geheimhaltungserklärung.pdf	19
V MiLoG	20
VI Verhaltenskodex_Lieferanten	21
VII Lieferantenselbstauskunft	24
VIII EK I _ RUS Sanktionen	26
VIII EK II_RUS Sanktionen	27
IX. Technischer Fragenkatalog_V1.pdf	30
Eignungskriterien	33
Anlagen	34

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Die Energiewende Deutschland führt in Frankfurt zu großen Veränderungen in der Energieversorgung. Neben der Absicht der Stadt Frankfurt, bis 2040 CO₂-neutral zu sein, gibt es großen Handlungsbedarf bei der Infrastruktur der Versorgungsnetze.

Neue Stromtrassen sind zur Erschließung neuer Versorgungsgebiete zu bauen und an die bestehenden Netze anzuschließen, bestehende Infrastruktur mit Umspannwerken und Netze müssen ggf. erneuert und angepasst werden.

Hinzu kommt ein enormes Wachstum der Stadt für neu geschaffenen Wohnraum, Industrie und Dienstleistungen; so ist Frankfurt mit seinen Rechenzentren der größte Internetknoten Europas, der Flughafen Frankfurt wird um ein neues Terminal erweitert etc.

Aus diesen Gründen steigt auch bei Mainova AG und der Netzdienste Rhein-Main GmbH

kontinuierlich der Bedarf an Hochspannungskabelverbindungen.

Gegenstand und Fokus des Qualifizierungssystems ist die Erbringung von

Lieferung, Montage und Hochspannungsprüfung von 110kV VPE-Kabeln und Garnituren

im Rahmen von Großprojekten im Hochspannungsnetz (110-kV) im Stadtgebiet Frankfurt am Main

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	MN2412/24
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Qualifizierungssystem für Hochspannungskabel und -systeme
Auftragsbeschreibung	Der Ausbau des Stromnetzes geht mit einer Vielzahl von komplexen Fragestellungen und Aufgaben einher. Dies erfordert eine verlässliche Unterstützung bei der Abwicklung und Bearbeitung der vielschichtigen und umfangreichen Kabelprojekte. Gegenstand und Fokus des Qualifizierungssystems ist die Erbringung von Lieferung, Montage und Hochspannungsprüfung von 110kV VPE-Kabeln und Garnituren im Rahmen von Großprojekten im Hochspannungsnetz (110-kV) der Netzdienste Rhein-Main GmbH. Es ist geplant, im Rahmen dieses Qualifizierungssystems Rahmenverträge und Bestellungen in einem Verhandlungsverfahren zu vergeben. Das Verhandlungsverfahren umfasst alle erforderlichen Leistungen für NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH und Mainova AG für Projekte im Hochspannungskabelbau. In den nächsten Jahren haben wir einen Bedarf von Kabelsystemen mit einer Trassenlänge von rd. 1.000 m bis 8.000 m. Die Qualifizierung umfasst hierbei die Eignungskategorie: Pflichtkategorie 1: Hochspannungskabel-, garnituren und deren Montage

VERFAHREN

Auftraggeber	Mainova AG
Weitere Auftraggeber	
Auftragbertyp	

Liefer-/Ausführungsort	
Leistungsart	Lieferleistung
Vergabeart	Qualifizierungssystem (EU) (Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein				
Art der losweisen Vergabe					
Zuschlagskriterium					
Klassifizierungen	<table> <tr> <th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr> <tr> <td>31321300-5</td><td>Hochspannungskabel</td></tr> </table>	Code	Bezeichnung	31321300-5	Hochspannungskabel
Code	Bezeichnung				
31321300-5	Hochspannungskabel				

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	< Keine Angabe >
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	< Keine Angabe >
-------------	------------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	23.07.2024

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	Unbegrenzte Laufzeit
Frist Bieterfragen	
Eröffnungstermin	
Bindefrist	
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	
Ende	
Anmerkungen	

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens Uhr eingegangen sein.

Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.

Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.

Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off

Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Qualifizierungssystem (QS)

für

Hochspannungskabel und -systeme mit Montagetätigkeit im Stadtgebiet Frankfurt a.M.

Vielen Dank für Ihr Interesse zur Teilnahme an dem Qualifizierungssystem nach §48 SektVO.

Sektorenauftraggeber* nach § 99 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) können ein Qualifizierungssystem nach § 48 SektVO (Sektorenverordnung) einrichten und verwalten. Das QS dient der Eignungsfeststellung für die beschriebenen Eignungskategorien und ermöglicht den direkten Einstieg in **ein Verhandlungsverfahren ohne weiteren Teilnahmewettbewerb**.

Die an dem entsprechenden Wettbewerb teilnehmenden Unternehmen werden aus denjenigen Unternehmen ausgewählt, die im Rahmen des entsprechenden Qualifizierungssystems die Mindestanforderungen nachgewiesen haben.

Dem Auftraggeber obliegt es, für Bedarfe in unterschiedlichsten Größenordnungen oder, falls vorhanden, gemäß angegebener Kapazitätskategorien auf die Eignungsfeststellung dieses Qualifizierungssystems zuzugreifen und entsprechende Vergabeverfahren zu eröffnen. Es bleibt ihm jedoch unbenommen, einzelne Beschaffungsbedarfe gemäß gesetzlichen Vorschriften ohne Zugriff auf das Qualifizierungssystem zu decken.

Im Falle einer Aufnahme in das Qualifizierungssystem werden zunächst keine konkreten Leistungen vertraglich vereinbart, sondern lediglich die generelle Eignung des Unternehmens festgestellt. Bewerber, die die Mindestanforderungen erfüllen, werden in einem entsprechenden Verzeichnis geführt. Die festgelegten Eignungskriterien werden regelmäßig durch den Auftraggeber überprüft. Eine Änderung oder Anpassung von Eignungskriterien ist dabei durch den Auftraggeber möglich, jedoch den Bewerbern entsprechend mitzuteilen. Eine anschließend erneute Eignungsprüfung kann dadurch notwendig werden und wird dem Bewerber mitgeteilt.

*Zur besseren Lesbarkeit wird die maskuline Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter.

Inhalt

1. Gegenstand dieses Qualifizierungssystems
2. Kosten des Qualifizierungssystems
3. Laufzeit des Qualifizierungssystems
4. Ablauf des Vergabeverfahrens und formale Vorgaben an die Bewerbung
5. Eignungsleihe
6. Angebotsverfahren und Vorgaben an die Auftragsvergabe
7. Antrag auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem
8. Bewertungskatalog der einzureichenden Unterlagen

1. Gegenstand dieses Qualifizierungssystems

Der Ausbau des Stromnetzes geht mit einer Vielzahl von komplexen Fragestellungen und Aufgaben einher. Dies erfordert eine verlässliche Unterstützung bei der Abwicklung und Bearbeitung der vielschichtigen und umfangreichen Kabelprojekte..

Gegenstand und Fokus des Qualifizierungssystem ist die Erbringung von Lieferung, Montage und Hochspannungsprüfung von 110kV VPE-Kabeln und Garnituren im Rahmen von Großprojekten im Hochspannungsnetz (110-kV) der Netzdienste Rhein-Main GmbH.

Die Pflichtkategorie bilden die Grundlage für die Erstellung, Instandhaltung und Modernisierung von Trassen im Frankfurter Verteilnetz.

In den nächsten Jahren haben wir einen Bedarf von Kabelsystemen mit einer Trassenlänge von rd. 1.000 m bis 8.000 m.

Die Qualifizierung umfasst hierbei die Eignungskategorie:

Pflichtkategorie 1: Hochspannungskabel,-garnituren und deren Montage

Der Bewerber muss seine Eignung in einer Pflichtkategorie nachweisen können, um erfolgreich in das Qualifizierungssystem aufgenommen zu werden. Bewerbungen auf alle Eignungskategorien und, falls vorhanden, Kapazitätskategorien sind möglich und erwünscht.

2. Kosten des Qualifizierungssystems

Auftraggeber und Antragsteller tragen ihre Kosten des Qualifizierungssystems jeweils selbst. Die Vorlage von Bescheinigungen, Zertifikaten etc. erfolgt für den Auftraggeber kostenlos, auch, soweit diese ausdrücklich angefordert wurden. Der Auftraggeber wird keine Gebühren i.S.v. § 48 Abs. 10 SektVO im Zusammenhang mit Anträgen auf die Qualifizierung, der Aktualisierung oder der Aufrechterhaltung einer bereits bestehenden Qualifizierung für das System erheben.

3. Laufzeit des Qualifizierungssystems

Die Laufzeit des Qualifizierungssystems ist nicht begrenzt. Interessenten können jederzeit den Antrag auf Aufnahme stellen.

Der Bewerber ist verpflichtet alle Änderungen, die die Qualifizierung betreffen, unverzüglich und unaufgefordert dem Auftraggeber vorzulegen. Hierzu zählen insbesondere die firmenbezogenen Nachweise/Zertifikate sowie die personenbezogenen Nachweise/Zertifikate des eingesetzten Personals. Für Nachunternehmer gelten die gleichen Anforderungen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit Änderungen an dem Qualifizierungssystem vorzunehmen oder das Qualifizierungssystem zu beenden. Die Maßgaben des §37 SektVO finden Anwendung. Eine anschließend erneute Eignungsprüfung kann dadurch notwendig werden und wird dem Bewerber mitgeteilt. Ein aufgrund mangelnder Qualifikation abgelehnter Bewerber kann sich nach einer Frist von 6 Monaten nach Ablehnung erneut auf das Qualifizierungssystem bewerben.

4. Ablauf des Vergabeverfahrens und formale Vorgaben an die Bewerbung

Die Bewerbung ist in beschriebener Form und in deutscher Sprache elektronisch unter:
<https://www.deutsche-evergabe.de> einzureichen.

Die Nutzung des Portals [deutsche-evergabe.de](https://www.deutsche-evergabe.de) ist für Bewerber und Bieter kostenfrei. Anträge können nur dort abgegeben werden.

Vorsätzlich falsche Angaben führen zum Ausschluss vom Verfahren. Das Ausstelldatum der jeweiligen Drittbescheinigung darf nicht älter als 6 Monate gerechnet vom Tag der Einreichung des Antrags sein bzw. der Gültigkeitszeitraum darf nicht überschritten sein. Ausländische Bewerber haben gleichwertige Drittbescheinigungen vorzulegen. Die Gleichwertigkeit ist nachzuweisen. Es wird dahingehend eine erschöpfende Darstellung erwartet. Sollte ein amtliches Dokument nicht in deutscher Sprache gefasst sein, so muss eine wörtliche Übersetzung eines vereidigten Dolmetschers in deutscher Sprache vorgelegt werden.

5. Eignungsleihe

Der Einsatz von Nachunternehmern zur direkten Eignungsleihe ist grundsätzlich im Antrag schriftlich anzuzeigen (siehe Punkt III. Nachunternehmererklärung). Beabsichtigt das Unternehmen zur Erfüllung eines Auftrags die Fähigkeiten anderer Unternehmen zu bedienen, muss er dem Auftraggeber nachweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel zur Überwachung zur Verfügung stehen und die Unternehmen die entsprechende fachliche Eignung besitzen. Falls er sich zum Nachweis der Eignung auf die Fähigkeiten eines Nachunternehmers beruft, muss er für diesen die entsprechenden Zertifizierungen einreichen. Weiterhin hat er entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Etwaige Nachunternehmer, die nicht zur Eignungsleihe genutzt werden, müssen im Antrag zunächst nicht namentlich benannt werden. Es muss nur der Fremdleistungsanteil angegeben werden.

Im Verhandlungsverfahren oder in den Einzelvergaben muss der Bieter seinen Nachunternehmer benennen und darf diesen erst nach erfolgter Eignungsprüfung bzw. Zulassung durch den Auftraggeber einsetzen.

6. Angebotsverfahren und Vorgaben an die Auftragsvergabe

Es ist geplant, im Rahmen dieses Qualifizierungssystems Rahmenverträge und Bestellungen in einem Verhandlungsverfahren vergeben. Das Verhandlungsverfahren umfasst alle erforderlichen Leistungen für NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH und Mainova AG für Projekte im Hochspannungskabelbau.

Die Vergabestelle behält sich vor, den Zeitpunkt der Durchführung des Angebotsverfahrens selbst zu bestimmen. Die konkreten Verfahrensbestimmungen des Angebotsverfahrens ergeben sich aus der Aufforderung zur Angebotsabgabe. Die Qualifizierung stellt keine Bestätigung des Auftraggebers dar, dass die im Angebotsverfahren benannten Arbeiten mit den eingereichten Unterlagen in Gänze ausgeführt werden können.

7. Antrag auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem

Nachfolgend finden Sie eine Übersicht über die zur Qualifizierung erforderlichen und einzureichenden Unterlagen. Wir bitten Sie die Unterlagen auszufüllen und in den vorgesehenen Unterschriftenfeldern die Angaben mit einer Signatur, die mindestens der Textform gemäß §126b BGB genügt, zu bestätigen.

Der Auftraggeber behält sich vor, unter der Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes, fehlende oder unzureichende Angaben mit einmaliger Fristsetzung nachzufordern. Bei Angaben mit Ausschlussandrohung (siehe Bewertungskatalog) erfolgt eine Ablehnung des Bewerbers, wenn die Angaben nicht innerhalb der Nachforderungsfrist nachgereicht werden. Falls sich zu den von Ihnen gemachten Angaben bis zu einer evtl. Vertragsunterzeichnung wesentliche Änderungen ergeben, sind Sie verpflichtet, diese Mainova AG unverzüglich mitzuteilen.

Die im Fragebogen geforderten Nachweise/Zertifikate (oder vergleichbare nationale Nachweise des Herstellerlandes des Bewerbers) sind in gültiger Form und in Kopie mit der Bewerbung zwecks Eignungsprüfung einzureichen.

Die personenbezogenen Zertifikate sind jeweils auszugsweise bzw. mit dem für die ausgeschriebenen Tätigkeiten geplanten Personalstamm einzureichen.

Die einzureichenden Unterlagen sowie sämtliche, aufgrund des Fragebogens zusätzlich erforderlichen Unterlagen sind entsprechend zusammenzustellen und elektronisch einzureichen. Bei der Zusammenstellung ist **die Nummerierung des Fragebogens** zu beachten.

Einzureichende Unterlagen

- I. Kaufmännischer Fragenkatalog
- II. Eigenerklärung nach SectVO §§ 123, 124 GWB
- III. Nachunternehmererklärung
- IV. Geheimhaltungserklärung
- V. Mindestlohngesetz
- VI. Verhaltenskodex
- VII. Lieferantenselbstauskunft
- VIII. Russland Sanktionen
- IX. Technischer Fragenkatalog

Geforderte Mindestbedingungen entnehmen Sie bitte dem Bewertungskatalog.

8. Bewertungskatalog der einzureichenden Unterlagen

Nur zur Information, nicht vom Bieter/ Bewerber auszufüllen. Die Prüfung erfolgt durch Mainova AG. Die Bewertungskriterien sind wie folgt:

- Reine Informationsabfrage
- Erforderlich
- Ausschluss

I. Kaufmännischer Fragenkatalog

Frage- Nr.	Kurztext	Kriterium
1.1	Anschrift	Ist anzugeben, nur zur Information
1.2	Vorstand/ Geschäftsführer	Ist anzugeben, nur zur Information
1.3.	Beteiligungen	Ist anzugeben, nur zur Information
1.4.	Eigentümer des Unternehmens	Ist anzugeben, nur zur Information
1.5.	Muttergesellschaften	Ist anzugeben, nur zur Information
1.6.	Mitglied in Fachverbänden	Ist anzugeben, nur zur Information
1.7.	Existenzgründung	Ist anzugeben, nur zur Information
1.8.	Personalfluktuatation	Ist anzugeben, nur zur Information
2.1.	Berufsregister	Eintrag ins Berufsregister erforderlich, andernfalls Ausschluss
2.2	Insolvenzverfahren	NEIN, andernfalls Ausschluss
2.3	Liquidation	NEIN, andernfalls Ausschluss

2.4	Verfehlung	NEIN, andernfalls Ausschluss
2.5	Zahlung v. Steuern + Sozialversicherung	JA, andernfalls Ausschluss
2.6	Verstoß gegen GWG	NEIN, andernfalls Ausschluss
2.7	Geldbuße wg. Kartell	NEIN, andernfalls Ausschluss
2.8	Maßnahmen zur Selbstreinigung	Wurden hinreichende Maßnahmen zur Selbstreinigung getroffen, kann der Auftraggeber von einem Ausschluss absehen.
3.1	Finanz. Einzelheiten der letzten 3 Jahre	Angabe ist erforderlich
3.2.	Deckungsgrenzen der Haftpflichtversicherung	Angabe ist erforderlich; Versicherungsschein ist spätestens nach erfolgtem Zuschlag vorzulegen Die Frage der Mindestdeckungssumme muss mit JA beantwortet werden, andernfalls Ausschluss
3.3	Auskunft Creditreform	ist anzugeben, nur zur Information
4.1	DIN EN ISO 9001 zertifiziert	JA, andernfalls Ausschluss
4.2	DIN ISO 14001 zertifiziert	Angabe ist erforderlich, sonst Ausschluss
4.3	ISO 45001	Angabe ist erforderlich, sonst Ausschluss
4.4	Nachhaltigkeitszertifizierung	Angabe ist erforderlich, sonst Ausschluss
4.5	Arbeitsschutz Management System	Angabe ist erforderlich, sonst Ausschluss

II bis VIII einzureichende Unterlagen

II.	Eigenerklärung	Angabe ist erforderlich, sonst Ausschluss
III.	Nachunternehmererklärung	Angabe ist erforderlich sonst Ausschluss
IV.	Geheimhaltungserklärung	Angabe ist erforderlich sonst Ausschluss
V.	MiLoG	Angabe ist erforderlich sonst Ausschluss
VI.	Verhaltenskodex	Angabe ist erforderlich sonst Ausschluss
VII.	Lieferantenselbstauskunft	Angabe ist erforderlich
VIII.	Russland Sanktionen	Angabe ist erforderlich sonst Ausschluss

IX. Technischer Fragenkatalog

Frage- Nr.	Kurztext	Kriterium
5	Typprüfung nach DIN VDE0276-632	„JA“ und Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
6	Baustellenbegehung	„JA“, andernfalls Ausschluss
7	Sprachlevel	„JA“, andernfalls Ausschluss
8	Anzahl Montagepersonal	„JA“, andernfalls Ausschluss, „NEIN“ nur akzeptiert in Verbindung mit einem „JA“ bei Frage 8a
8a	Nachunternehmer	„JA“ und Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss

9	Geschultes Montagepersonal	„JA“ und Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
10	Anzahl Kabelzugpersonal	„JA“, andernfalls Ausschluss, „NEIN“ nur akzeptiert in Verbindung mit einem „JA“ bei Frage 10a
10a	Nachunternehmer	„JA“ und Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
11	Elektrofachkraft und elektrisch unterwiesene Personen	„JA“ und Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
12	Ausreichendes Fachpersonal	„JA“ und Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
13	Vertreterregelung	„JA“, andernfalls Ausschluss
14	Fahrzeuge und Gerätschaften	„JA“ und Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
15	Gesetze und Verordnungen	„JA“, andernfalls Ausschluss
16	Baustelleneinrichtung	„JA“ und Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
17	Vergleichbare Projektgröße	„JA“ und Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss

I. Kaufmännischer Fragenkatalog

Aufbau des Fragenteils

Im **Fragenteil 1** sind allgemeine Angaben zum Unternehmen zu machen.

Im **Fragenteil 2** sind Angaben zur Eignung des Unternehmens zu machen. Anhand der Fragestellungen sind die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nachzuweisen.

Bitte beachten Sie folgende Hinweise zum Fragenkatalog:

- Alle Angaben dieses Fragenkataloges werden vertraulich behandelt.
- Die Fragen auf den folgenden Seiten sind Bestandteil der Prüfung zur Eignung der Bewerber*.
- Angaben, die Sie auf nachfolgenden Seiten nicht unterbringen können, fügen Sie bitte als Anlage bei. Bei der Zusammenstellung der Anlagen ist **die Nummerierung des Fragebogens** zu beachten!
- Die einzelnen Fragen können einen unterschiedlichen Stellenwert aufweisen. Nach diesem Stellenwert wird eine Bewertung des Bewerbers und seiner Bewerbung vorgenommen (siehe Bewertungskatalog).
- Wir weisen die Bewerber darauf hin, alle Fragen vollständig und wahrheitsgemäß zu beantworten. Falsche Angaben können zur Ablehnung der Qualifizierung führen.
- Bitte beachten Sie bei der Nummerierung der angeforderten Unterlagen auf die Nummerierung des Fragebogens. Der technische Fragenkatalog beginnt mit der Nummerierung 5.
- **Die kompletten Qualifizierungsunterlagen sind ausgefüllt auf der Ausschreibungsplattform als PDF-Datei zu hinterlegen.**

*Zur besseren Lesbarkeit wird die maskuline Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter.

Fragenteil 1: Allgemeine Angaben zum Unternehmen

1.1 Anschrift

Name/Firma	:	
Straße	:	
Postfach	:	
Postleitzahl	:	
Ort	:	
Land	:	
Telefonnummer	:	
E-Mail	:	
Internet	:	
Gesellschaftsform	:	
USt.-ID	:	

1.2. Vorstand/Geschäftsführer (Namen und Anzahl):

Vorstand/ Geschäftsführer/ Partner	:	
Kaufmännische Leitung	:	
Technische Leitung	:	
Leiter der Qualitätssicherung	:	

1.3. An welchen Unternehmen besteht eine Beteiligung?

Name/Anschrift	Produktionsprogramm	Anteil in %

1.4. Eigentümer des Unternehmens

(Nennung aller Eigentümer, die in Besitz von mehr als 24,9 % der Anteile an der Gesellschaft sind):

	Name	Ihr Anteil in %
Eigentümer		
Eigentümer		
Gesellschafter		

1.5. Muttergesellschaften, falls vorhanden:

Name/Anschrift	Deren Anteil in %

1.6. Mitgliedschaft in Unternehmens-/Fachverbänden und seit wann:

Name	Mitglied seit

1.7. Seit wann existiert das Unternehmen?

Jahr der Existenzgründung:	
----------------------------	--

1.8. Prozentsatz der Personalfluktuatation:

Definition: $\frac{\text{Abgänge pro Jahr} \times 100}{\text{Anfangsbestand Jahr} + \text{Zugänge Jahr}}$

Jahr: _____

Jahr: _____

Jahr: _____

Bitte geben Sie für die letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren die Personalfluktuationsquote an.

Fragenteil 2: Fragen zur Eignung des Unternehmens

2. Fragen zur Rechtslage des Unternehmens:

2.1 Nachweis der ordnungsgemäßen Eintragung in die entsprechenden Berufsregister
(z. B.: Handelsregister, Handwerksrolle o. a.):

Registriernummer	Bezeichnung	Ort	Datum

2.2 Befindet sich das Unternehmen im Insolvenzverfahren oder ist über das Vermögen ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden oder ist der Antrag mangels Masse abgelehnt worden?

ja ____ / nein ____

2.3 Befindet sich das Unternehmen in Liquidation?

ja ____ / nein ____

2.4 Hat das Unternehmen eine schwere Verfehlung begangen, die dessen Zuverlässigkeit in Frage stellt?

ja ____ / nein ____

Falls ja, bitte um Beschreibung des Umfangs und die Dauer des strafbaren oder kartellrechtswidrigen Verhaltens, Schadensumfang (soweit bekannt), Zeitablauf seit der letzten Tat sowie welche organisatorischen und personellen Maßnahmen das Unternehmen gegen die Wiederholung der Verfehlungen getroffen haben.

2.5 Hat das Unternehmen die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt?

ja ____ / nein ____

2.6 Wurde das Unternehmen rechtskräftig wegen Verstoß gegen eine der in §§ 123, 124 GWB aufgeführten Vorschriften verurteilt, mit einer Geldbuße oder sonstigen Sanktion belegt?

ja ____ / nein ____

2.7 Wurde das Unternehmen in den letzten 5 Jahren wegen der Beteiligung an einem Kartell rechtskräftig mit Geldbuße oder einer sonstigen Sanktion belegt?

ja ____ / nein ____

2.8 Falls eine der Fragen 2.1.4, 2.1.6 und 2.1.7 mit ja oder Frage 2.1.5 mit nein beantwortet wird: Welche Maßnahmen hat das Unternehmen getroffen, um seine Integrität wiederherzustellen und eine Begehung von Straftaten oder schweres Fehlverhalten in der Zukunft zu verhindern (Selbstreinigung gem. §§ 123, 124 GWB)?

3. Fragen zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit:

3.1 Finanzielle Einzelheiten (Werte der letzten 3 Geschäftsjahre zum Zeitpunkt des Antrages)

Bitte um Eintragung der entsprechenden Werte in die Tabelle mit Angabe der Jahreszahl. Sie erklären sich damit ferner bereit, im Zuge des Prüfverfahrens Mainova nach besonderer Anforderung die Einsicht in ergänzende Unterlagen (Geschäftsberichte, Bilanzen und Jahresabschlüsse) zu gestatten.

	Wert in Euro je Geschäftsjahr (jeweils Gesamtwerte des Unternehmens)		
Geschäftsjahr			
Eigenkapital			
Fremdkapital			
Umsatz			
Investitionen			

3.2 Deckungsgrenzen Ihrer Haftpflichtversicherung:

Bitte bestätigen Sie, dass zur Vergabe von Ausschreibungen im Auftragsfall die jeweils projektbezogene erforderliche Versicherungspolice vorgelegt wird.

ja ____ / nein ____

3.3 Auskunft Creditreform

Liegt eine aktuelle (nicht älter als 3 Monate) Bonitäts- & Risikobewertung von Creditreform (oder vergleichbar) mit einem Bonitätsindex von maximal 280 Punkten vor?

ja ____ / nein ____

Bitte Nachweis einreichen.

4. Fragen zur Arbeitssicherheit und Nachhaltigkeit

- 4.1 Ist das Unternehmen nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert? ja ____ / nein ____
- 4.2 Ist das Unternehmen nach DIN ISO 14001 zertifiziert? ja ____ / nein ____
- 4.3 Ist das Unternehmen nach ISO 45001 zertifiziert? ja ____ / nein ____
- 4.4 Hat das Unternehmen eine Nachhaltigkeitszertifizierung oder ist dies in Planung (bsp. Ecovadis)? ja ____ / nein ____
- 4.5 Verfügt das Unternehmen über nach AMS (Arbeitsschutz Management System) zertifiziertes Personal? ja ____ / nein ____

Nachweise und Zertifikate sind einzureichen.

Bestätigung

Wir bestätigen hiermit, dass die Angaben zu den vorgenannten Fragen die aktuelle Situation unseres Unternehmens wiedergeben und damit gleichzeitig die Praxis des Unternehmens darstellt.

_____, den _____

Name (in Druckbuchstaben) und Unterschrift

II. Eigenerklärung

Eigenerklärung zum Nachweis der Zuverlässigkeit nach §§ 123, 124 GWB

Ich erkläre, dass eine Person, deren Verhalten dem Bieter zuzurechnen ist (insbesondere Geschäftsführer, Prokuristen, sowie an der Ausschreibung oder Bearbeitung des ausgeschriebenen Auftrags beteiligte Personen), nicht rechtskräftig verurteilt ist wegen:

- a) § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129 a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristische Vereinigungen), § 129 b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- b) § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- c) § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- d) § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- e) § 334 des Strafgesetzbuches (Bestechung), auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU-Bestechungsgesetzes, Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung Artikel 7 Abs. 2 Nr. 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und § 2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes,
- f) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- g) § 370 Abgabenordnung, auch in Verbindung mit § 12 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (MOG).

Ich erkläre ferner,

- h) dass der Bieter ordnungsgemäß in das Handelsregister eingetragen ist,
- i) dass keine Eintragungen im Gewerbezentralregister gegen den Bieter vorliegen und eine solche Eintragung auch nicht droht.

Des Weiteren erkläre ich, dass

- j) über das Vermögen des Bieters kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
- k) sich der Bieter nicht in Liquidation befindet,
- l) der Bieter seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung stets ordnungsgemäß erfüllt hat,
- m) der Bieter die Vorschriften des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) einhält,
- n) keine sonstige schwere Verfehlung vorliegt, durch welche die Zuverlässigkeit des Bieters oder eine für diesen verantwortlich handelnde Person infrage gestellt ist.

Ich bin mir bewusst, dass falsche Angaben in dieser Erklärung einen Ausschluss vom Vergabeverfahren zur Folge haben können. Mir ist bekannt, dass sich der Auftraggeber vorbehält, zur weiteren Prüfung konkrete Nachweise zu fordern.

_____, den _____

Name (in Druckbuchstaben) und Unterschrift

III. Nachunternehmererklärung

Nachunternehmer Verpflichtungserklärung nach § 34 SektVO

Hinweis: Je nach Anzahl der Unternehmen, auf deren Ressourcen und Erfahrung sich der Einzelbewerber / die Bietergemeinschaft bezieht, ist dieser Vordruck gegebenenfalls zu vervielfältigen.

Bezeichnung des erklärenden Unternehmens:

Der Bewerber / die Bietergemeinschaft

beabsichtigt, sich bei der Erfüllung eines Auftrages der folgenden Fähigkeiten unseres Unternehmens zu bedienen:

Hiermit verpflichten wir uns, bei einer Zuschlagserteilung auf das Angebot des o. g. Bewerbers / der o. g. Bietergemeinschaft die o. g. Mittel zur Verfügung zu stellen.

_____, den _____

Unterschrift (Geschäftsführer oder Vorstand)

IV. Geheimhaltungserklärung

Hiermit erklären wir, dass wir alle Informationen, die die Mainova AG uns in Verbindung mit dem Qualifizierungssystem (QS) Hochspannungskabel und -systeme oder bei darauf aufbauenden Verhandlungsverfahren zur Verfügung stellt, vertraulich behandeln und nur im Rahmen der Angebotserstellung nutzen werden.

Wir verpflichten uns, sämtliche von der Mainova AG erlangte Informationen als Betriebsgeheimnis zu behandeln und nur Mitarbeitern zugänglich zu machen, die mit der Bearbeitung des QS bzw. des Auftrags unmittelbar befasst sind, und die wir in gleicher Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet haben.

Wir verpflichten uns, über alle aus diesem QS entstandenen oder noch entstehenden Erkenntnisse, Unterlagen oder Daten, deren Ablauf und Ergebnisse, strengstes Stillschweigen gegenüber Dritten, einschließlich anderer Vertragspartner, zu bewahren.

Soweit wir zur Auskunft hinsichtlich beruflich zur Verschwiegenheit verpflichteter Dritter verpflichtet sind (bspw. Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte insb. in der Funktion als Insolvenzverwalter, Behörden), so werden wir nach den Grundsätzen der Datensparsamkeit nur insoweit Auskunft geben, als dies unumgänglich ist. In einem solchen Fall werden wir Mainova über die Auskunft unverzüglich nach Erhalt des Auskunftsbegehrens hierüber in Kenntnis setzen, so dass ggf. Mainova etwa im Falle eines unberechtigten behördlichen Auskunftsbegehrens sich bspw. an Rechtsmitteln gegen diese beteiligen kann.

Diese Verpflichtung bleibt auch nach der Beendigung des Qualifizierungssystems für die Dauer von drei Jahren bestehen.

Der Auftraggeber ist gemäß § 5 Abs.1 SektVO zur Geheimhaltung der ihm übermittelten Informationen verpflichtet. Diese Verpflichtung bezieht sich insbesondere auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und die vertraulichen Aspekte der Qualifizierungsunterlagen und Angebote, einschließlich ihrer Anlagen.

_____, den _____

Name (in Druckbuchstaben) und Unterschrift

Firmenbezeichnung

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort



Mainova AG
M3-Z - Einkauf und zentrale Dienste
60623 Frankfurt am Main

Eigenerklärung zum gesetzlichen Mindestlohn

In Ergänzung der mit der Mainova AG bestehenden vertraglichen Vereinbarungen geben wir die nachfolgende Erklärung ab:

Uns ist bekannt, dass ab dem 1. Januar 2015 jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer nach dem Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) Anspruch auf Zahlung eines Arbeitsentgelts mindestens in Höhe des Mindestlohns durch den Arbeitgeber hat.

Zudem ist uns bekannt, dass Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer bestimmter Branchen nach dem Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeitnehmer-Entsendegesetz – AEntG) i.V.m. allgemeinverbindlichen Tarifverträgen oder Rechtsverordnungen Anspruch auf Zahlung eines Mindestentgeltes haben können.

1. Wir verpflichten uns auch gegenüber der Mainova AG, zur Zahlung des jeweils anwendbaren Mindestlohns/Mindestentgelts und zur Erfüllung sonstiger Zahlungsansprüche auf der Grundlage des MiLoG sowie des AEntG. Diese Pflicht schließt die Pflicht zur rechtzeitigen Zahlung ein.
2. Ferner sichern wir zu, dass wir bei der Einschaltung eines Sub-/Nachunternehmers oder Verleihers diesen und ggf. von diesem eingesetzte weitere Auftragnehmer oder Verleiher ihrerseits vertraglich verpflichten, den Arbeitnehmern den/das jeweils nach dem MiLoG oder dem AEntG geschuldete(n) Mindestlohn/Mindestentgelt rechtzeitig zu zahlen.
3. Sobald unsererseits der Verdacht besteht, dass in unserem Unternehmen, bei einem Sub-/ Nachunternehmer oder Ver-

leiher der Mindestlohn/das Mindestentgelt unterschritten wird, besteht für uns die Verpflichtung, die Mainova AG hierüber umgehend zu informieren. Zudem ist die Mainova AG berechtigt, die Vorlage von Unterlagen zu verlangen, aus denen sich die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem MiLoG und dem AEntG zweifelsfrei ergibt. Diese Berechtigung zur Vorlage bezieht sich insbesondere auf die Lohnunterlagen sowie Arbeitszeitaufzeichnungen der von uns beschäftigten und bei der Mainova AG eingesetzten Arbeitnehmern. Soweit zur Auftragserfüllung unsererseits Sub-/ Nachunternehmer oder Verleiher eingesetzt werden, verpflichten wir uns, sicherzustellen, dass entsprechende Auskunftsansprüche der Mainova AG auch gegenüber den Sub-/ Nachunternehmern und Verleihern vertraglich abgesichert werden.

Für den Fall der Inanspruchnahme der Mainova AG durch Arbeitnehmer eines anderen Unternehmens gelten ferner die folgenden Regelungen:

- Haftet die Mainova AG gegenüber unseren Arbeitnehmern und/oder den von uns beauftragten Sub-/ Nachunternehmern oder Verleihern eingesetzten Arbeitnehmern auf Zahlung des Mindestlohns/Mindestentgelts infolge der nicht ordnungsgemäßen Erfüllung der Verpflichtungen nach dem MiLoG oder dem AEntG, werden wir die Mainova AG von dieser Haftung gegenüber Dritten freistellen.
- Wir verpflichten uns, die Mainova AG bei der Abwehr von Mindestlohnklagen zu unterstützen und hierbei mitzuwirken, insbesondere die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Ort, Datum

Unterschrift (Geschäftsführer oder Vorstand) / Firmenstempel

Verhaltenskodex für Lieferanten des Mainova Verbunds



Allgemein

Als einer der größten deutschen regionalen Energieversorger ist Nachhaltigkeit für Mainova bereits lange eine wichtige Leitplanke und fester Bestandteil unseres unternehmerischen Handelns. Für Mainova bedeutet Nachhaltigkeit, dass wir uns als Teil der Gesellschaft begreifen, ökologische und soziale Verantwortung übernehmen und so die öffentliche Akzeptanz sowie den wirtschaftlichen Erfolg unseres Unternehmens dauerhaft sichern. In einem Wort: Wir verstehen unter Nachhaltigkeit „Zukunftssicherung“.

Wir stehen in der ökonomischen, ökologischen und sozialen Verantwortung, unseren Beitrag zur Zukunftssicherung für unsere Anspruchsgruppen transparent und glaubwürdig zu leisten. Daher haben wir Nachhaltigkeit in unserer Unternehmensstrategie verankert und nutzen die Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen als Kompass für unser nachhaltiges Handeln.

Neben den SDG dienen uns der UN Global Compact (UNGC) sowie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) als Rahmenwerk. Sie definieren unseren Anspruch an die Themen Arbeits- und Menschenrechte, Ethik sowie Umweltschutz. Wir erwarten von unseren Lieferanten und auch deren Lieferanten und Zulieferern, dass sie ihrem Handeln dieselben Grundsätze zugrunde legen, allen geltenden Gesetzen gerecht werden und die international anerkannten Umwelt-, Sozial- und Corporate Governance-Standards nach UNGC und ILO anerkennen und einhalten.

Unser Verhaltenskodex für Lieferanten zeigt die gleiche Erwartungshaltung an unsere Lieferanten auf, die wir als Mainova auch uns selbst auferlegt haben. Nachhaltiges Lieferantenmanagement und wertschätzende Geschäftsbeziehungen sind uns wichtig. Wir möchten im Dialog einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess mit unseren Lieferanten vorantreiben, der auch zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt. Durch die Kommunikation unserer Werte sollen bestehende Partnerschaften intensiviert und neue Geschäftsbeziehungen auf einer verantwortungsvollen Basis begonnen werden.

Die Grundsätze dieses Lieferantenkodex bilden einen wichtigen Bestandteil der Lieferantenauswahl und -bewertung. Unsere Lieferanten stellen dabei die Anwendung der Prinzipien des Verhaltenskodex sicher, und informieren ihre zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über diese Verhaltensprinzipien. Des Weiteren ergreifen sie Maßnahmen, welche die Umsetzung der jeweiligen Bestimmungen durch ihre zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherstellen.

Jeder Verstoß gegen die im Verhaltenskodex für Lieferanten genannten Verpflichtungen wird als wesentliche Vertragsverletzung seitens des Lieferanten betrachtet. Dieser kann zur sofortigen Beendigung der Geschäftsbeziehungen sowie zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen und sonstigen Rechten führen.



Arbeits- und Menschenrechte



Ethik

► Menschenrechte

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass der Schutz und der eigene Beitrag zu den international geltenden Menschenrechten eine zentrale Rolle in ihrem Unternehmensleitbild und allen Tätigkeiten spielt. Dazu zählen insbesondere die Abschaffung und Vermeidung von Kinderarbeit, die Beseitigung von Zwangsarbeit, das Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf und das Recht auf Kollektivverhandlungen und auf Vereinigungsfreiheit. Es soll sichergestellt sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lieferanten fair behandelt werden und weder unter Missbrauch, Belästigung, körperlicher Bestrafung und Folter, oder unter Drohung und Zwang ihre Tätigkeit ausführen müssen. Außerdem sind sie dazu aufgefordert sicherzustellen, dass auch in ihrer Lieferkette keine Menschenrechtsverletzungen erfolgen.

► Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschützt und die Sicherheit am Arbeitsplatz durch Präventionsmaßnahmen, wie regelmäßige Kontrollen und Begutachtungen, sichergestellt ist. Das vorrangige Ziel soll das Vermeiden von gesundheitlichen Schäden sein.

► Diversität und Inklusion

Wir erwarten von unseren Lieferanten Gleichberechtigung im Umgang mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Hierzu zählt, dass eine Person nicht anhand von irrelevanten individuellen Kriterien, wie zum Beispiel Geschlecht, Behinderung, Alter, nationale oder soziale Herkunft, politische Zugehörigkeit, Schwangerschaft, Religion, ob bewusst oder unbewusst, in unterschiedlicher Weise behandelt wird. Es wird dazu aufgefordert das Arbeitsumfeld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Lieferanten vor Diskriminierung oder Belästigung Einzelner zu schützen.

► Einhaltung gesetzlicher arbeitsrechtlicher Anforderungen

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass die jeweils vorgegebenen geltenden gesetzlichen Regelungen sowie die ILO-Standards zur Arbeitszeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingehalten werden. Die Lieferanten sind dazu verpflichtet sich an die Vorgaben zum Mindestlohngesetz (MiLoG) in Deutschland zu halten. Die Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll generell in fairer und wettbewerbsfähiger Weise erfolgen.

► Integrität im Geschäftsverkehr und Antikorruption

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass sie ihre Geschäftstätigkeit integer ausüben. Das beinhaltet, dass unsere Lieferanten Korruption, Erpressung, Untreue, Unterschlagung und Geldwäsche in jeglicher Form vermeiden, nicht selbst praktizieren und nicht dulden. Außerdem dürfen keine gesetzeswidrigen Zahlungen oder sonstigen Zuwendungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Amtsträgerinnen und Amtsträger, um Entscheidungsfindungen zu beeinflussen, gewährt werden. Es darf nicht gegen geltende Gesetze oder ethische Standards verstoßen werden und es liegen keine rechtskräftigen Verurteilungen wegen Steuervergehen, Kartellabsprachen, Bestechungsdelikte oder sonstiger vorsätzlicher Straftaten vor.

► Interessenskonflikte

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass sie uns über jede Situation informieren, die zu einem Interessenkonflikt führen könnte. Das beinhaltet z. B. wenn unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berufliche, private und/oder erhebliche finanzielle Vorteile durch die Zusammenarbeit mit Lieferanten genießen oder Beteiligungen an einem Unternehmen des Lieferanten haben.

► Fairer Wettbewerb

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass alle geltenden nationalen und internationalen Kartellgesetze beachtet und eingehalten werden. Dies umfasst, dass unsere Lieferanten gegen unlauteren, intransparenten und eingeschränkten Wettbewerb vorgehen und nach Möglichkeit entsprechende Präventivmaßnahmen ergreifen.

► Datenschutz

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass der Schutz vertraulicher Informationen und geistiger Eigentumsrechte in angemessener und gesetzeskonformer Weise gehandhabt werden. Es wird vorausgesetzt, dass sie vertrauliche Daten und Informationen nicht an Dritte weitergeben und dass diese zusätzlich nur gesichert abgespeichert sind.



► Ressourcen- und Klimaschutz

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass sie einen schonenden und sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen fördern und diese in effizienter Weise nutzen. Des Weiteren soll die Verwendung von energieeffizienten und umweltfreundlichen Technologien im Vordergrund stehen. Es soll ihnen ein Anliegen sein, die negativen Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Umwelt wie den Verlust der Biodiversität, den Klimawandel oder die Wasserknappheit aktiv zu verringern und hierbei durch eigene entwickelte Strategien tatkräftig entgegenzuwirken. Außerdem sollen sich die Lieferanten engagiert für klimafreundliche Verfahren, Materialien und Produkte einsetzen.

► Abfall und Emissionen

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass sie ihren Beitrag zur Reduzierung von anfallenden Abfallmengen leisten. Ebenso sollen die durch ihre Tätigkeiten entstehenden Emissionen in Luft, Wasser und Boden kontrolliert und minimiert werden.

► Notfall- und Präventionsmaßnahmen und Umgang mit Gefahrstoffen

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass bei der Entwicklung, Herstellung, sowie dem Transport, der Verwendung und der Entsorgung Ihrer Produkte, Sicherheit und Umweltverträglichkeit gefördert und gewährleistet werden. Der Schutz vor Gefährdung der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, als auch der gesamten Öffentlichkeit, muss durch Präventionsmaßnahmen und Risikotrainings sichergestellt sein. Zudem soll der Umgang mit Stoffen sowie der damit verbundenen Tätigkeiten, die möglicherweise eine negative Auswirkung auf die Menschen und die Umwelt darstellen, einer kontinuierlichen Kontrolle unterzogen und angemessen gehandhabt werden. Dies betrifft insbesondere auch solche Stoffe, die unter die REACH-Verordnung fallen. Es muss sichergestellt sein, dass Gefahrenstoffe im direkten Umgang, wie in der Beschaffung, Handhabung, Bewegung, Lagerung, Wiederverwendung und Entsorgung, keine Gefahr für die Umwelt und die Menschen darstellen. Sie müssen aufgrund dessen explizit gekennzeichnet werden.

Ort, Datum

Unterschrift (Geschäftsführer oder Vorstand) und Firmenstempel

► Lieferantenentwicklung

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass in wertschätzender Zusammenarbeit die Nachhaltigkeitsperformance aller Beteiligten kontinuierlich verbessert wird. Dabei behalten wir uns vor, ausgewählte Lieferanten aufzufordern einen Fragebogen zu Themen der Nachhaltigkeit auszufüllen und ggf. gemäß des Mainova Lieferantenkodex zu auditieren. Bei Bedarf sollen Lieferanten nachweisen können, dass allgemein anerkannte Qualitätsstandards erfüllt werden. Dabei treten wir in den direkten Dialog mit Lieferanten und führen Entwicklungsgespräche durch, mit dem Fokus der kontinuierlichen Verbesserungen in puncto Nachhaltigkeit und deren Dokumentation.

► Beschwerdemechanismus

Mainova ist bestrebt, Verstöße gegen geltendes Recht, allgemeine Verhaltensstandards oder interne Grundsätze zu erkennen und abzustellen. Mainova ist darauf angewiesen, dass potentiell Fehlverhalten gemeldet wird. Nur so können Missstände frühzeitig aufgedeckt und unverzüglich behoben werden. Daher sollten Sie sich bei Hinweisen auf Fehlverhalten umgehend mit der Compliance-Abteilung der Mainova AG oder unserem externen Ombudsmann telefonisch oder schriftlich in Verbindung setzen.

Die Kontaktdaten lauten wie folgt:

Chief Compliance Officer:

Frau Christina Stoyanov
Solmsstraße 38
60486 Frankfurt am Main
E-Mail: compliance@mainova.de
Telefon: 069 213-25212

Ombudsmann:

Herr Rechtsanwalt Dr. Felix Dörr
Neue Mainzer Straße 26
60311 Frankfurt am Main
E-Mail: ombudsman@doerr-frankfurt.de
Telefon: 069 1381-333

Die Kommunikation mit unseren Meldestellen wird selbstverständlich vertraulich und ohne jegliche Sanktionsmaßnahmen behandelt. Informationen über die Identität des Hinweisgebers oder über Umstände, die Rückschlüsse auf seine Identität können nur weitergegeben werden, wenn dies für Folgemaßnahmen notwendig ist und der Hinweisgeber in die Weitergabe einwilligt oder wenn dies eine verhältnismäßige Pflicht im Rahmen von Untersuchungen durch nationale Behörden oder von Gerichtsverfahren darstellt.



Lieferantenselbstauskunft



1. Organisation

1.1 Name und Kontaktdaten der Geschäftsführung

Titel

Vorname

Nachname

Telefon

E-Mail

1.2 Name und Kontaktdaten Ansprechpartner/-in Vertrieb

Titel

Vorname

Nachname

Telefon

E-Mail

1.3 Name und Kontaktdaten Ansprechpartner/-in Qualitätssicherung

Titel

Vorname

Nachname

Telefon

E-Mail

1.4 E-Mail-Adresse für den zentralen Bestelleingang in Ihrem Haus

E-Mail

1.5 Mitgliedschaft in Unternehmens-/ Fachverbänden

In welchen Unternehmens-/ Fachverbänden sind Sie Mitglied?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

1.6 Leistungsübersicht/ Produktportfolio

Führen Sie die von Ihnen angebotenen Produkte bzw. Leistungen auf:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

1.7 NACE-Code

Bitte geben Sie den Code Ihres Wirtschaftszweigs so detailliert wie möglich an (<https://nacecode.de/>)

.....

.....

.....

.....

.....

1.8 Branchen-Know-How

Verfügen Sie über Branchen-Know-How in der Energiewirtschaft?

☐ Ja ☐ Nein

Falls Ja, fügen Sie 3 Referenzen unter Angabe der Lieferung/ Leistung und der jeweiligen Auftragssumme als Anlage bei.

2. Qualitätssicherung und Zertifizierung

2.1 Qualitätsmanagement

Verfügen Sie über eine Zertifizierung nach DIN ISO 9001?

☐ Ja ☐ Nein

Falls Ja, fügen Sie Ihren Zertifikatsnachweis bei.

2.2 Qualitätsmanagement – Maßnahmen zur Qualitätssicherung

Sollten Sie andere Maßnahmen zur Qualitätssicherung in Ihrem Unternehmen umsetzen, stellen Sie uns eine entsprechende Beschreibung zur Verfügung:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

2.3 Nachhaltigkeit

Ist Ihr Unternehmen in einer Nachhaltigkeitsinitiative (z. B. Ecovadis, UN Global Compact, oder ähnliches) engagiert?

☐ Ja ☐ Nein

Falls Ja, fügen Sie Ihren Zertifikatsnachweis bei.

2.4 Auditierung

Besteht die Bereitschaft sich von Mainova auditieren zu lassen?

☐ Ja ☐ Nein

3. Compliance

3.1 Insolvenz

Befinden Sie sich im Insolvenzverfahren oder ist über Ihr Vermögen ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden oder ist der Antrag mangels Masse abgelehnt worden?

☐ Ja ☐ Nein

Kommentar:

.....

.....

.....

.....

.....

3.2 Steuern

Haben Sie Ihre Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt?

☐ Ja ☐ Nein

Kommentar:

.....

.....

.....

.....

.....

3.3 Kartellverfahren

Wurden Sie in den letzten 5 Jahren wegen der Beteiligung an einem Kartell rechtskräftig mit Geldbuße oder einer sonstigen Sanktion belegt?

☐ Ja ☐ Nein

Kommentar:

.....

.....

.....

.....

.....

4. Grundlagen der Zusammenarbeit

4.1 Haftpflichtversicherung

Können Sie eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 10 Mio. EUR nachweisen?

☐ Ja ☐ Nein

Kommentar:

.....

.....

.....

.....

.....

4.2 Verhaltenskodex

Senden Sie den unterschriebenen Nachweis zur Einhaltung des Verhaltenskodex (siehe Anlage) mit.

**Ist für eine Zusammenarbeit zwingend erforderlich.*

☐ Ja ☐ Nein

Kommentar:

.....

.....

.....

.....

.....

4.3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

Senden Sie den unterschriebenen Nachweis zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (siehe Anlage) mit.

**Ist für eine Zusammenarbeit zwingend erforderlich.*

☐ Ja ☐ Nein

Kommentar:

.....

.....

.....

.....

.....

Nochmal für Sie als Checkliste

Im Idealfall fügen Sie unserer Lieferantenselbstauskunft folgende Dokumente hinzu:

- ☐ Referenzen
- ☐ Zertifikat DIN ISO 9001
- ☐ Zertifikat Nachhaltigkeitsinitiative
- ☐ Nachweis zur Einhaltung des Verhaltenskodex
- ☐ Nachweis zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes

Hinweis: Bitte fügen Sie eventuelle Anlagen im PDF-Format bei.

Eigenerklärung

Bezeichnung des Auftrags:

Geschäftszeichen des Auftraggebers:

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

Der Auftragnehmer / die Auftragnehmer gehört / gehören nicht zu den

in Artikel 5aa) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) mit einer in Russland niedergelassenen nachfolgend aufgeführten juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die sich unter öffentlicher Kontrolle oder zu über 50 % in öffentlicher Inhaberschaft befindet oder bei der Russland und seine Regierung oder Zentralbank das Recht auf Gewinnbeteiligung hat oder Russland und seine Regierung oder Zentralbank andere wesentliche wirtschaftliche Beziehungen unterhält,
- b) einer juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die außerhalb der Union niedergelassen ist und deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der nachfolgend aufgeführten Unternehmen gehalten werden, oder
- c) einer juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die im Namen oder auf Anweisung eines der nachfolgend aufgeführten Unternehmen handelt.

Liste der betroffenen staatseigenen Unternehmen:

OPK OBORONPROM
UNITED AIRCRAFT CORPORATION
URALVAGONZAVOD
ROSNEFT
TRANSNEFT
GAZPROM NEFT
ALMAZ-ANTEY
KAMAZ
ROSTEC (RUSSIAN TECHNOLOGIES STATE CORPORATION)
JSC PO SEVMASH
SOVCOMFLOT
UNITED SHIPBUILDING CORPORATION

_____, den _____

Unterschriften

- Anlage zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 -

Eigenerklärung

(von allen Bewerbern / Bietern / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Bezeichnung des Vergabeverfahrens / Auftrags:

Geschäftszeichen des Auftraggebers:

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden,** beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

_____, den _____

Unterschriften

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung – bis zum 10. Oktober 2022 – von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Bitte beachten Sie folgende Hinweise zum Fragenkatalog:

- Alle Angaben dieses Fragenkataloges werden vertraulich behandelt.
- Die Fragen auf den folgenden Seiten sind Bestandteil der Prüfung zur Eignung der Bewerber*.
- Angaben, die Sie auf nachfolgenden Seiten nicht unterbringen können, fügen Sie bitte als Anlage bei. Bei der Zusammenstellung der Anlagen ist **die Nummerierung des Fragebogens** zu beachten!
- Die einzelnen Fragen können einen unterschiedlichen Stellenwert aufweisen. Nach diesem Stellenwert wird eine Bewertung des Bewerbers und seiner Bewerbung vorgenommen (siehe Bewertungskatalog).
- Wir weisen die Bewerber darauf hin, alle Fragen vollständig und wahrheitsgemäß zu beantworten. Falsche Angaben können zur Ablehnung der Qualifizierung führen.
- Bitte beachten Sie bei der Nummerierung der angeforderten Unterlagen auf die Nummerierung des Fragebogens. Der technische Fragenkatalog beginnt mit der Nummerierung 5.
- **Die kompletten Qualifizierungsunterlagen sind ausgefüllt auf der Ausschreibungsplattform als PDF-Datei zu hinterlegen.**

*Zur besseren Lesbarkeit wird die maskuline Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter.

IX. Technischer Fragenkatalog

- 5 Haben Sie eine Typprüfung nach HD632 oder IEC 60840 für 110 kV Kabel /-Garnituren in Kombination mit Pfisterer Connex 6, die nicht älter als 10 Jahre ist?

ja ____ / nein ____

Nachweise und/oder Zertifikate sind einzureichen

- 6 Aufgrund von örtlichen Gegebenheiten ist es zwingend erforderlich die geplante Baustelle mit dem Auftraggeber zu begehen, hier ist mit dem Auftraggeber ein Begehungstermin abzustimmen.

Bestätigen Sie, dass ihr Unternehmen im Falle einer Aufforderung zur Angebotsabgabe die geplante Baustelle mit dem Auftraggeber gemeinsamen begehen werden?

ja ____ / nein ____

- 7 Wird uns im Falle einer Beauftragung eine Projektleitung und Bauleitung mit mindestens dem deutschen Sprachlevel C1 für die Dauer des Projektes zur Verfügung gestellt?

ja ____ / nein ____

- 8 **Für die Montage** werden seitens des AG **mindestens 2 Personen** gefordert. Hat das Unternehmen ausreichend Fachpersonal zur Verfügung?

ja ____ / nein ____

- a. Wenn „NEIN“, bei Frage 8, besteht die Bereitschaft, dass im Bedarfsfall Nachunternehmer gemäß der o.g. Kriterien herangezogen werden können?

ja ____ / nein ____

Falls „JA“ bitte das Dokument III. Nachunternehmererklärung verwenden.

- 9 Ist das Montagepersonal nachgewiesen geschult für die zu liefernden Garnituren und Hochspannungskabelsysteme?

ja ____ / nein ____

Nachweise und/oder Zertifikate sind einzureichen

- 10 **Für den Kabelzug** werden seitens des AG **mindestens 5 Personen** gefordert. Hat das Unternehmen ausreichend Fachpersonal zur Verfügung?

ja ____ / nein ____

- a. Wenn „NEIN“, bei Frage 10, besteht die Bereitschaft, dass im Bedarfsfall Nachunternehmer gemäß der o.g. Kriterien herangezogen werden können?

ja ____ / nein ____

Falls „JA“ bitte das Dokument III. Nachunternehmererklärung verwenden

- 11 Im Auftragsfall sind die Arbeiten durch eine qualifizierte Fachkraft, mit der Zertifizierung Elektrofachkraft (EFK) / elektrisch unterwiesene Personen (EUP), zu leiten und zu überwachen. Die Verfügbarkeit vor Ort muss gewährleistet sein. Ist entsprechendes Personal vorhanden?

ja ____ / nein ____

Bitte benennen Sie die Personen mit Namen und Qualifizierung und legen Sie entsprechende Nachweise und/oder Zertifikate bei

- 12 Verfügt das Unternehmen über ausreichendes Fachpersonal (Bauleiter, Vorarbeiter, Facharbeiter und kaufmännisches Personal), um innerstädtische Hochspannungskabelprojekte mit einer Kabelsystemlänge von ca. 8km abwickeln zu können?

ja ____ / nein ____

- 13 Gibt es eine Vertreterregelung für alle Schlüsselpositionen insbesondere Bauleitung und Projektleitung?

ja ____ / nein ____

- 14 Verfügt das Unternehmen über ausreichende zugelassene Fahrzeuge und Gerätschaften, um im Auftragsfall die Präsenz sicherstellen? Bitte weisen Sie nach, dass das Unternehmen in der Lage ist, bei Ausfall eines Gerätes die Fortsetzung der Arbeiten im öffentlichen Verkehrsraum zu garantieren.

ja ____ / nein ____

Nachweis ist einzureichen

- 15 Hat sich das Unternehmen mit den einschlägigen in Deutschland geltenden Gesetze und Verordnungen, die Sie bei der Durchführung eines Auftrages zu beachten und einzuhalten haben, vertraut gemacht, so dass diese auch eingehalten werden können?

ja ____ / nein ____

- 16 Für die Absicherung von Baustellen im Straßenverkehr ist Personal notwendig, welches an einer Schulung „Richtlinien zur Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen“ nach RSA 21, ZTV-SA 97, MVAS 99 teilgenommen hat.

Ist entsprechendes Personal vorhanden?

ja ____ / nein ____

Bitte benennen Sie die Personen mit Namen und Qualifizierung und legen Sie entsprechende Nachweise und/oder Zertifikate bei

- 17 Hat das Unternehmen in den letzten 5 Jahren vor Ihrem Antrag zur Qualifizierung vergleichbare Projekte (in Größe und Ausführungsart) im innerstädtischen Raum (vergleichbar Frankfurt am Main, >= 750.000 Einwohner) erfolgreich abgewickelt?

ja ____ / nein ____

Bitte legen Sie eine Projektliste unter Angabe von: Projektname, Land, Kunde (wenn nicht eingeschränkt), Jahr, Produktionsstätte und Kabel (Länge, Querschnitt und Leitermaterial) den Anlagen bei

Bestätigung

Wir bestätigen hiermit, dass die Angaben zu den vorgenannten Fragen die aktuelle Situation unseres Unternehmens wiedergeben und damit gleichzeitig die Praxis des Unternehmens darstellt.

_____, den _____

Name (in Druckbuchstaben) und Unterschrift

Verfahren: MN2412/24 - Qualifizierungssystem für Hochspannungskabel und -systeme

EIGNUNGSKRITERIEN

Keine Eignungskriterien festgelegt.

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
-----	-----------	-------	-----------